Stellungnahme

des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie für ein Gesetz zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften (Wasserstoffbeschleunigungsgesetz)

24. Juli 2025

Deutscher Gewerkschaftsbund
Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik

Felix Fleckenstein
Referent für Energiepolitik

felix.fleckenstein@dgb.de

Keithstraße 1
10787 Berlin

www.dgb.de

Vorbemerkung

Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist die Funktion einer Verbändeanhörung insbesondere, den betroffenen Stakeholdern eines Gesetzesvorhabens Gelegenheit zur Stellungnahme und Kommentierung des Gesetzesentwurfs zu geben, um das Gesetzesvorhaben dadurch mit der gesellschaftlichen Realität abzugleichen und zu verbessern. Das vorgeschlagene Wasserstoffbeschleunigungsgesetz berührt die Interessen der Beschäftigten in den vom Gesetz unmittelbar und mittelbar betroffenen Wirtschaftsbereichen maßgeblich. Der Deutsche Gewerkschaftsbund drückt daher sein Unverständnis darüber aus, dass durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Gewerkschaften oder gewerkschaftliche Dachverbände nicht proaktiv zur Verbändeanhörung eingeladen wurden. Dies stellt bedauerlicherweise keinen Fortschritt gegenüber der Verbändeanhörung zum Wasserstoffbeschleunigungsgesetz der Vorgängerregierung dar.

Wasserstoffhochlauf beschleunigen – Gute Arbeit sichern und entwickeln

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat wiederholt eine Realisierungsbeschleunigung des Wasserstoffhochlaufs eingefordert und blickt mit Sorge auf die Situation der Wasserstoffwirtschaft.

Die wirtschafts- und klimapolitischen Strategien der Bundesregierung sehen den Einsatz von Wasserstofftechnologien für die Dekarbonisierung bedeutender Wirtschaftsbereiche (beispielhaft die Stahlerzeugung oder die Grundstoffchemie) vor. Insbesondere zur klimaschonenden Sicherung und Entwicklung von Wertschöpfung und Beschäftigung im Industriebereich stellt der Wasserstoffeinsatz eine Schlüsseltechnologie dar. Hierfür sind absehbar erhebliche Mengen an klimaschonendem Wasserstoff notwendig.

Bislang verläuft der Wasserstoffhochlauf schleppend und zu träge. Es ist bislang kein Übergang der Modell- und Pilotanlagenlandschaft in ein großskaliges Industriesystem gelungen. Deutschland droht, seine Wasserstoffziele, die insbesondere in der Nationalen Wasserstoffstrategie niedergelegt sind, zu verfehlen. Der Wegfall der besonderen Unterstützung der Offshore-Elektrolyse steht

Stark in Arbeit.

beispielhaft dafür, wie sichere und belastbare Investitionsrahmenbedingungen im Wasserstoffhochlauf konterkariert und damit die Erreichung der nationalen Ausbauziele immer unwahrscheinlicher werden.

Klimaschonender Wasserstoff droht damit absehbar teuer und knapp zu bleiben. In diesem Fall wären zahlreiche Dekarbonisierungs- und Modernisierungsprojekte nicht durchführbar. Die Dekarbonisierungs- und Modernisierungsperspektive zahlreicher Standorte steht zunehmend in Frage. Der dadurch drohende Verlust von Wertschöpfung und Beschäftigung sorgt für Verunsicherung in vielen Belegschaften. Dazu trägt auch das offenkundige Scheitern von Wasserstoff-Leuchtturmprojekten bei. Anspruch und Wirklichkeit des Wasserstoffhochlaufs und der „sozial-ökologischen Transformation“ insgesamt klaffen zunehmend auseinander.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine glaubwürdige und verlässliche politische Richtungsentscheidung für den weiteren, beschleunigten Wasserstoffhochlauf zu treffen.

Die Maßnahmen des Wasserstoffbeschleunigungsgesetzes sind nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes dafür nicht ausreichend. Die im Gesetzesentwurf angelegten planungs- und genehmigungsbeschleunigenden Elemente wie auch die Öffnung der Erzeugungstechnologien werden zwar begrüßt, adressieren die zentralen Hochlaufhindernisse aber nur unzureichend. Der Fokus auf schiffsbasierte Importmöglichkeiten ist nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht zielführend. Vielmehr sollte bereits aus Versorgungssicherheitsaspekten eine gleichrangige Initiative zur Förderung der europaweiten und grenzübergreifenden Pipelineinfrastruktur erfolgen, sodass eine europäische Wasserstoffunion entstehen kann, in der unterschiedliche Transportmöglichkeiten parallel existieren und im Falle von Versorgungsengpässen als Rückfallebene greifen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist der Auffassung, dass dies für die verlässliche Versorgung mit ausreichend klimaschonendem Wasserstoff und seinen Derivaten entscheidend ist.

Die vorgesehenen Planungs- und Genehmigungsbeschleunigungen können nur dann Wirkung entfalten, wenn es einen grundsätzlichen Business Case für die Wasserstoffwirtschaft und entsprechende Initiativen gibt. Im aktuellen Marktumfeld ist dies unzureichend gegeben. Hier gilt es anzusetzen und staatlich zu intervenieren.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert:

- Der Wasserstoffhochlauf muss mit ausreichend investiven öffentlichen Mitteln hinterlegt werden.
  Der Entwurf des Bundeshaushalts für 2025 sieht dagegen eine erhebliche Reduktion der Mittel für den Wasserstoffhochlauf vor und ist wasserstoffpolitisch das völlig falsche Signal.
  Die Finanzplanung für die Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie soll von EUR 3,7 Mrd. auf EUR 1,3 Mrd. und damit auf ein Drittel reduziert werden.

Die Finanzplanung des Titels „Dekarbonisierung der Industrie“ soll von EUR 24,6 Mrd. auf EUR 1,8 Mrd. gekürzt werden. Dies würde de facto das Ende der Förderprogramme „Klimaschutzverträge“ und „Bundesförderung Industrie und Klimaschutz“ und damit den Wegfall der Förderung zentraler und für den Wasserstoffhochlauf bedeutender industrieller Modernisierungsprojekte bedeuten. Dies birgt das Risiko eines erheblichen Verlusts industrieller Wertschöpfung und Beschäftigung. In der Folge erodiert auch die industrielle Wasserstoffnachfrage, die einen der maßgeblichen Gründe für den Bau des Wasserstoffkernnetzes darstellt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert daher die Bundesregierung auf, den Haushaltsentwurf an diesen Stellen deutlich nachzubessern und verweist ansonsten auf seine haushaltspolitische Kommentierung. Wasserstoffhochlauf, Energiewende und industrielle Modernisierung dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen.

- Die Bundesregierung muss unmissverständlich klarstellen, dass das Wasserstoffkernnetz wie projektiert errichtet wird.
  Die Genehmigung des Wasserstoffkernnetzes im Jahr 2024 war ein wichtiger Schritt. Die tatsächliche und vollständige Errichtung des Kernnetzes muss nun die logistischen Voraussetzungen für eine vernetzte, großskalige Wasserstoffwirtschaft schaffen.
  Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist bei Infrastrukturprojekten dieser Größenordnung und mit derartiger Bedeutung für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts der Einsatz öffentlicher Mittel gerechtfertigt und sinnvoll – auch über die bloße Absicherung eines Amortisationskontos hinaus. Der Deutsche Gewerkschaftsbund befürwortet, dass das Wasserstoffkernnetz durch die Gasfernleitungsnetzbetreiber errichtet und betrieben werden soll. Für Leitungsabschnitte ohne Vorhabenträger sollte eine Errichtung durch eine bundeseigene Gesellschaft erwogen werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat die Bedeutung staatlichen Engagements im Bereich der Energienetze wiederholt betont.

- Die Bundesregierung muss die investitionshemmende Unsicherheit über künftiges Wasserstoffangebot und -nachfrage reduzieren.
  Staatliche Stellen sollten als Market-Maker agieren. Für Wasserstoffproduzenten ist das Vorhandensein verlässlicher Ankerkunden essenziell. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die perspektivische Wasserstoffnachfrage zu garantieren. Dies kann etwa durch die Förderung großer industrieller Abnahmeprojekte oder durch verbindliche Umstellungsverpflichtungen im Rahmen der Kraftwerksstrategie erfolgen. Auch eine direkte Abnahmegarantie von in Deutschland erzeugtem Wasserstoff kann sinnvoll sein.

Für Wasserstoffverbraucher ist die tatsächliche, wirtschaftliche Verfügbarkeit von Wasserstoff von zentraler Bedeutung. In diesem Zusammenhang verweist der DGB auf die Höhe der Netzentgelte für das Wasserstoffkernnetz. Diese liegen mit EUR 25 je Kilowattstunde pro Stunde im Jahr am oberen Ende des Preiskorridors. Zwar nicht explizit im Gesetzesvorschlag aufgeführt, haben diese dennoch einen signifikanten Einfluss auf die Wasserstoffpreise und damit die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Business Cases der potenziellen Nutzer. Es braucht eine versorgungssichere Ausweitung der Verfügbarkeit von Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Bezugspreisen, um in Folge gesteigerter Nachfrage die Netzentgelte für das Wasserstoffkernnetz auf ein wettbewerbsfähiges Niveau zu reduzieren.
Die Bundesregierung muss daher ihre Bemühungen zur Erschließung von Wasserstoffimportrouten fortsetzen und Deutschland als Wasserstofftransportkorridor etablieren. Klimaschonender Wasserstoff sollte aus demokratischen und verlässlichen Partnerländern importiert werden. Im europäischen Umfeld sind hier insbesondere Norwegen und Dänemark zu nennen. Insbesondere der Import blauen Wasserstoffs kann entscheidend zum Ramp-Up beitragen. Die Bundesregierung sollte daher stärker als bislang die Etablierung eines nordeuropäischen Importkorridors, der in Deutschland anlandet und das Wasserstoffkernnetz unmittelbar anbindet, vorantreiben.
Der Deutsche Gewerkschaftsbund befürwortet weiterführend ein gemeinsames europäisches Vorgehen zur Reduzierung der genannten Unsicherheiten (bspw. Europäische Wasserstoffbank). Hier bräuchte es, nach Auffassung des DGB, eine intensivere Abstimmung der deutschen Wasserstoffprojekte mit denen der Nachbarländer und den Maßnahmen der EU.
Entscheidend sind politische Richtungsklarheit und verlässliche Garantien, die den Hochlauf stützen und nicht stutzen.

Weiter wird auf die Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Wasserstoffbeschleunigungsgesetz vom 30. April 2024[1] verwiesen, die im Wesentlichen weiter Gültigkeit hat.

[1] Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz für ein Gesetz zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf (Wasserstoffbeschleunigungsgesetz), https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Uploads/2024-04-30_Stellungnahme_Wasserstoffbeschleunigungsgesetz.pdf.

Stark in Arbeit.